

Die Stimme

Einzelhefte 10 Pfennig
 Abonnement vierteljährlich 1. — Mark
 bei jedem Postamt und in
 der Expedition.
 Eingetragen in der
 Post-Zeitungspreislifte.
 Redaktion und Expedition:
 Max a. Damm
 Reichardtstraße 14.
 Telefon 1442.

Abonnement
 vierteljährlich 1. — Mark
 bei jedem Postamt und in
 der Expedition.
 Eingetragen in der
 Post-Zeitungspreislifte.
 Redaktion und Expedition:
 Max a. Damm
 Reichardtstraße 14.
 Telefon 1442.

Organ des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Verlag: Berlin NO., Weißbäckerstraße 221/22. — Druck: Max Alexander 4720.

Was Anzeigen für Redaktionen und Expeditionen sind zu richten an G. Bernhart, Max a. D., Reichardtstr. 14, Tel. 1442. — Geldsendungen an H. Schumacher, Berlin NO. 55, Weißbäckerstraße 221/22.

Nummer 35/36.

Max a. Damm, den 6. September 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Das Resultat der zentralen Verhandlungen. Die Volksernährung im Kriege. — Rundschau des Holzgewerkschaftsbundes für Herbst und Winter. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1917. — Der Arbeitsmarkt im Juli 1918. — Gedächtnisrede für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Schwenke. — Verhandlungen deutscher Holzfabrikanten. — Die Holzindustrie Gebr. Junghans. — Neue Ermittlungen über die Holzpreise. — Ehrenliste. — Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine 1914—17. — Erhöhung der Kriegswidowen- und Kriegswaisengelder. — Aus den Ortsvereinen: Breslau. Schramberg. — Literarisches. — Anzeigen.

Vereinbarung
 Zwischen den Vertretern der unterzeichneten Verbände des deutschen Holzgewerkschaftsbundes ist in der heutigen Verhandlung folgende Vereinbarung getroffen worden:

A. Verlängerung der Tarifverträge.
 1. Die bestehenden Tarifverträge werden sämtlich um ein Jahr bis zum 15. Februar 1920 verlängert.

B. Feuerungszulagen.
 2. Alle Lohn- und Akkordarbeiter erhalten auf die bestehenden Löhne folgende weiteren Feuerungszulagen pro Stunde:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 19. August 1918	15	15	15	12	10	10
ab 1. Dezember 1918	10	10	10	10	10	10

3. Alle Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren erhalten auf die bestehenden Löhne folgende weiteren Feuerungszulagen pro Stunde:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 19. August 1918	7	7	7	7	5	5
ab 1. Dezember 1918	5	5	5	5	5	5

4. Bei den am 19. August in Kraft tretenden Feuerungszulagen können die in einzelnen Städten zwischen den örtlichen Organisationen schon vereinbarten neuen Zulagen auf die obigen Sätze angerechnet werden.

C. Mindestlöhne.
 5. In den einzelnen Tarifklassen und dem dazu gehörigen Orten betragen die Mindestlöhne einschließlich der Feuerungszulagen pro Stunde:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 19. August Arbeiter	130	120	115	107	100	90
Arbeiterinnen	72	68	64	60	54	50
ab 1. Dezbr. Arbeiter	140	130	125	117	110	100
Arbeiterinnen	77	73	69	65	59	55

6. Soweit in den bestehenden Tarifverträgen für bestimmte Branchen oder Arbeiterkategorien unterschiedliche Vertragslöhne festgesetzt sind, erhöhen sich dieselben auch diesmal wieder in der gleichen Weise wie bei den früheren Zulagen um den Betrag der Feuerungszulagen wie bei den Vertragslöhnen der Hauptbranche.

7. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren sowie für neu anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen in den ersten sechs Wochen ihrer Beschäftigung sind die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 % pro Stunde niedriger. Jugendlöhne unter 16 Jahren sind von diesen Mindestlöhnen ausgenommen.

D. Montagegeld.
 8. Der Mindestsatz der Entschädigung für Montagearbeiten mit Übernachtungen beträgt 7.— M pro Tag, einschließlich des Sonntags.

E. Durchführung der Vereinbarung.
 9. Die bestehenden Tarifverträge nebst der Vereinbarung vom 27. November 1917 bleiben in allen durch vorstehende Vereinbarung nicht berührten Punkten unverändert bestehen.

10. Vor dem 1. April 1919 dürfen keine neuen Forderungen gestellt werden.

Mürnberg, 21. August 1918.

Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe:
 F. Koniechny.

Deutscher Holzarbeiter-Verband:
 Theodor Seipart.

Zentralverband Christlicher Holzarbeiter Deutschlands:
 Heint. Kurtzsch.

Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands:
 M. Schumacher.

Das Resultat der zentralen Verhandlungen.

Die zentralen Verhandlungen über die neuen Forderungen der Holzarbeiter in Mürnberg am 19., 20. und 21. August gestalteten sich äußerst schwierig. Obwohl die Verträge eigentlich bis zum 15. Februar 1919 gültig waren, erkannten die Vertreter der Arbeitgeber doch an, daß über das formale Recht hinaus doch die fortwährende und steigende Teuerung aller Lebensbedürfnisse die Arbeiter auch im Holzgewerbe berechtigterweise neue Lohnforderungen zu stellen. Nur über die Höhe der Forderungen gingen die Ansichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer weit auseinander. Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Herr Koniechny in Breslau erklärte zu Beginn der Verhandlungen, daß die Arbeitgeber bereit seien, ab 1. September 5 bis 10 Pfennig mehr als bisher zu gewähren, aber nur je nach Lage und den Bedürfnissen der Landbestelle. Unter gleichen Bedingungen sollte ab 15. Februar 1919 oder 1. Januar 1919 die gleiche Lohnsteigerung eintreten. Weibliche und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren sollten in allen Fällen die Hälfte erhalten.

Dies Angebot konnte natürlich in keiner Weise die Grundlage einer Einigung bilden, zumal in einigen Orten auf Drängen der Arbeiterschaft schon höhere Zugeständnisse als die obigen Forderungen erreicht worden waren. Von Seiten der Vertreter der Arbeiterschaft wurden genau ausgearbeitete Gegenentwürfe gemacht entsprechend den eingereichten Forderungen. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie unter keinen Umständen darauf eingehen könnten, zudem könnten sie nur über die Höhe einer weiteren Teuerungszulage verhandeln, alle anderen Arbeiterforderungen auf Ausbau des Vertrages müßten vorerst zurückgestellt werden. Die abnormen Verhältnisse des Krieges solle man nicht zu hoch berücksichtigen. Die Forderungen des ganzen Vertrages beruhen. Doch gab der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes die Anregung, möglichst bald ein Tarifamt für das deutsche Holzgewerbe zu bilden, dem alle die strittigen und dringenden Fragen unseres Tarifvertrages überwiesen werden könnten.

Daraufhin betonten die Arbeitervertreter, daß sie bereit seien, die anderen Punkte den Forderungen zurückzustellen, wenn es gelänge, über die weitere Lohnzulage und Erhöhung des Montagegeldes sich zu verständigen. Da die Verhandlungskommission ziemlich hart war, (denn auch von den Arbeitgeber waren außer den in letzter Nummer der „Stimme“ genannten Herren noch anwesend die Herren: Schwenke-Berlin, Knieß-Cassel, Knöllinger-Mürnberg, Fuhs-Düsseldorf, Bergmann-Görlitz, Bergmüller-München, Frank-Dresden), so wurde eine engere Kommission, bestehend aus 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern gebildet, dem auch unser Hauptvorsitzender, Kollege Schumacher-Berlin angehörte. Vom deutschen Holzarbeiterverband gehörten die Kollegen Seipart und Neumann-Berlin und vom christlichen Holzarbeiterverband Kurtzsch. In dieser Kommission an. Diese hat denn auch die Hauptarbeiten erledigen müssen, obwohl es trotz jenen Verhandlungen zeitweise schien, als ob alles vergeblich sei. Ja, am Dienstag den 20. August stand oberhalb die Sache so, daß man in der großen Kommission die Verhandlungen als gescheitert ansehen mußte und man sich trübselig mit dem Bedauern vergab, sich bemüht zu haben, den Frieden im Holzgewerbe zu erhalten. Auf beiden Seiten aber war man sich der Verantwortung bewußt, die ein Scheitern der Verhandlungen für das ganze mühsam aufgebaute Vertragswerk gehabt hätte und so versuchte man am 21. nochmals durch Entgegenkommen auf beiden Seiten die Grundlage zu einer Einigung zu finden. Schließlich, nach vieler Mühe, gelang eine Verständigung — vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtvertreter und Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes — durch nachstehende neue

Wie aus dieser Vereinbarung ersichtlich, sind die bestehenden Verträge bis zum 15. Februar 1920 verlängert, doch kann bei fortschreitender Teuerung uns das Recht nicht bestritten werden, nach dem 1. April 1919 neue Lohnforderungen zu stellen. Die erste Zulage ist auch trotz der vorbehaltenen Zustimmung ab 19. August allen Lohn- und Akkordarbeitern zu gewähren und alle Kollegen haben mit für die strikte Durchführung der neuen Lohnvereinbarung zu sorgen. Wer jetzt noch unorganisiert bei Seite steht, ist nicht wert, kollegial behandelt zu werden. Es gilt überall, jetzt darauf zu achten, daß auch die unter 2 und 3 genannten weiteren Teuerungszulagen richtig bezahlt werden. Ferner ist wesentlich, daß sich die Mindestlöhne um den Betrag der Teuerungszulage erhöhen, wie § 5 zeigt, obwohl die Arbeitgebervertreter erst dagegen sich auf das äußerste wehrten. Der Mindestsatz der Entschädigung für Montagearbeiten mit Übernachtungen ist von 5.50 M auf 7 M erhöht. Nach der Bestimmung 4 der Vereinbarung sind bei den am 19. August in Kraft tretenden Zulagen inzwischen bewilligte

Teuerungszulagen anrechnungsfähig, jedoch nur solche, die zwischen den örtlichen Organisationen schon vorher vereinbart sind. Sollten sich daraus Differenzen ergeben, rufe man die Tarifinstanzen an.

Die Vereinbarung selbst ist nun gegenseitig anerkannt worden von den zur Entscheidung berufenen Instanzen. Es gilt nun, darauf zu achten, daß jedem organisierten Kollegen auch der Lohn bezahlt wird, auf den er nach der Vereinbarung Anspruch hat. Jetzt gilt, überall die Vereinbarung von Mürnberg durchzuführen. W.

Die Volksernährung im Kriege.

Von Ferdinand Hoff,
 Mitglied des Reichstags und des preuß. Abgeordnetenhauses.

Das kommende Erntejahr.

Die Aussichten des kommenden Erntejahres lassen sich zur Zeit noch nicht annähernd übersehen. Niemand kann sagen, wie die Ernte ausfällt, niemand, einem wie großen Zuschuß die besetzten Gebiete und vor allen Dingen Rumänien und die Ukraine zu unserer Versorgung liefern werden. Vor übermäßigen Hoffnungen muß nachdrücklich gewarnt werden. Wir können froh sein, wenn diese Gebiete uns dasjenige leisten werden, was wir — wenn auch in anderer Form — in den ersten Kriegsjahren aus den neutralen Staaten erhielten. Die äußerste Vorsicht ist daher am Platze, und das umso mehr, als unsere Reserven vollständig erschöpft und wir auch in diesem Jahre gezwungen sind, durch Frühverlust vorzeitig in die nächste Ernte einzugreifen. Diese Vorsicht ist um so notwendiger, weil wir — selbst einen baldigen Frieden vorausgesetzt — gezwungen sein werden, uns im wesentlichen mit den vorhandenen Vorräten einzurichten. Gelingt es uns und unseren Verbündeten, auf wirtschaftlichem Gebiete endlich das Gleichgewicht zwischen Soll und Haben herzustellen — und bei richtiger Bewirtschaftung ist das möglich —, so werden wir damit auch das Beste zu einer baldigen Beendigung des blutigen Ringens beitragen.

Dazu aber wird notwendig sein, daß wir entschlossen und zielbewußt an der jetzigen öffentlichen Bewirtschaftung der Nahrungsmittel festhalten; trotz aller Mängel und Unbequemlichkeiten, die im Einzelnen zweifellos vorhanden sind. Für eine Auflockerung des bisherigen Systems, wie sie u. a. der vielbesprochene Antrag Roedike vorlag, kann daher m. E. niemand die Verantwortung übernehmen. Es hat uns bis hierher geholfen und wird uns weiter helfen, zumal, wenn es gelingt, Unebenheiten und Fehler auszumergen.

Glücklicherweise denkt Herr v. Waldow, mit dessen Führung der Geschäfte auch die Linke sich mehr und mehr einverstanden erklären kann, nicht daran, von den bisherigen Bahnen abzuweichen. Festzuhalten aber ist nicht nur an dem Prinzip an sich, sondern auch an der bisherigen Preispolitik auf mittlerer Grundlage und unter Abwägung des gegenseitigen Preisverhältnisses. Die inzwischen beschlossene Erhöhung der Getreidepreise scheint mir ein Abweichen von diesem Grundsatz nicht zu enthalten. Je länger der Krieg dauert, desto notwendiger und zweckmäßiger wird es sein, gerade diejenigen Erzeugnisse, die wir für die Volksernährung am dringendsten gebrauchen, und das sind Brotgetreide, Getreide überhaupt und Kartoffeln, auch bei der relativen Preisgestaltung besonders zu betonen und zu bevorzugen. Das umgekehrte Verfahren hat uns in Schwierigkeiten gebracht. Dieses dagegen kann nur zum Segen ausfallen.

Entscheidend für das kommende Erntejahr aber wird eine rechtzeitig eingeleitete und folgerichtig durchgeführte vernünftige Viehpolitik sein. Eine solche läßt sich gerade jetzt ohne erhebliche Härten durchführen, da gegenwärtig die Viehbestände stark gelichtet sind — stärker vielleicht (ich denke dabei besonders an die Schweine), als es bei rechtzeitigem Eingreifen notwendig gewesen wäre —, so daß es jetzt im wesentlichen darauf ankommt, neuem Uebel vorzubeugen.

Neben der Sicherstellung der menschlichen Ernährung, zunächst mit pflanzlichen Erzeugnissen, wird es darauf ankommen, die ausreichende Versorgung der Spanntiere, der Heerespferde wie auch der Zivilpferde in Stadt und Land, mit Hartfutter, vor allen Dingen aber auch mit Raufutter, vorweg und ausreichend zu gewährleisten. An Rindvieh aber darf im Herbst nicht mehr auf den Stall genommen werden, als nach billigem Ermessen der Besitzer — denen man die abzuliefernde Futtermenge, besonders auch an Raufutter, rechtzeitig bekanntgeben muß —, mit dem dann noch vorhandenen Futter frühem Frühlings, wie wir ihn in diesem Jahre glücklicherweise hatten, darf die Sache nicht wieder abgestellt werden. Das überschüssige Vieh aber ist, unter Anrechnung auf spätere Lieferungen, rechtzeitig im Herbst abzunehmen und nötigenfalls zu konservieren.

Der Angelpunkt der ganzen Kriegsernährungspolitik aber wird in der zweckmäßigen Gestaltung der Schweine- und der

Rundgebung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, dem fast 5 Millionen Männer und Frauen als Einzelpersonen oder durch Organisationen angeschlossen sind, veröffentlicht folgende Rundgebung:

Stärker als je offenbart sich der Vernichtungswille der leitenden Staatsmänner unserer Feinde gegen Deutschland. Sie beschließen nicht nur auf der völligen Zertrümmerung unserer Waffenmacht, sie beharren auch auf ihren Plänen, dem deutschen Volke einen schimpflichen Frieden aufzuzwingen und es durch Abschneidung der Rohstoffe und Fernhalten vom Weltverkehr in wirtschaftliche Ohnmacht zu drücken.

Diese Anschläge der Feinde, die sie zu Beginn des fünften Kriegesjahres laut verkünden, obwohl in ihren eigenen Ländern die Friedenssehnsucht der Massen sowohl wie der Einsichtigen wächst, legen uns die unabwendbare Pflicht äußerster Kraftanstrengung und festerer Sammlung zur Verteidigung des Vaterlandes auf. Jeder Mann und jede Frau muß sich klar sein, es geht um Leben, Ehre und Freiheit unseres Volkes. Deutschland würde in unsagbares Elend versinken, wenn die Feinde siegen sollten.

Seit dem ersten Tage des Weltkrieges ist unser Volk von der tiefsten Ueberzeugung befeuert, daß der ihm aufgezwungene Kampf uns Dasein einer Verteidigung seiner heiligsten Güter gilt. In diesem Bewußtsein hat es Ströme seines besten Blutes vergossen, unfähliche Opfer gebracht und namenlose Leiden erduldet. Nicht um Länder zu gewinnen, nicht um die Welt Herrschaft zu erringen, sind Deutschlands Söhne ausgesprochen. „Uns treibt nicht Eroberungslust!“ Dies Wort des 4. August 1914 gilt auch heute noch. Und wer diesem Kampfe eine andere Deutung gibt als die eines Verteidigungskrieges, der fälscht Geist und Seele unsres Volkes.

Die Waffen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen. Aber im festen Vertrauen auf die Kraft unserer Fronten und die Standhaftigkeit der Heimat sprechen wir es gerade angesichts des Vernichtungswillens unserer Feinde aus, daß das deutsche Volk für dessen übergroße Mehrheit der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ Wortführer ist, das Ziel dieser Verteidigungskämpfe in einem Frieden in Ehren für alle sieht, in einem Frieden der Verständigung, ohne gewaltsame Annexionen und erzwungenen Kontributionen, in einem Frieden, der die Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes und die Entwicklungsfreiheit unsres Volkes ebenso sichert, wie er auch unseren Feinden die gleichen Güter gewährleistet. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Völkerverbund, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie Austausch von Gütern in Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kulturgemeinschaft aller Völker sind hohe Ziele, die dem deutschen Volke heilig sind.

Mögen die Regierungen und Völker unserer Feinde diese unverfälschte Stimme des deutschen Volkes hören! Mögen auch die neutralen Länder sie beachten! Noch einmal, dies ist die wahre, echte Stimme des deutschen Volkes, das, zum

Kampfe entschlossen, solange die Not es zwingt, jede Kriegsbegehrlichkeit und den Krieg nicht einen Tag länger fortzusetzen, gewillt ist, als nötig ist, um einen gerechten, dauernden Frieden für alle zu sichern.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ wendet sich aber auch gegen die inneren Feinde unseres Volkes, die ihm die Freiheit der politischen Entwicklung verkrüppeln, seinen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen, seine geschlossene Kraft erstören wollen. Wer heute große Parteien und breite Massen, die dem Vaterlande im Kampf und Dulden ihr Dasein opfern, sehet, ihre Gesinnung verdächtig, ihnen verleumdend, die Anschläge zuschleudert, feierlich zugesagte Rechte verweigert und damit Reime der Zwietracht und Erbitterung säet — der verflucht sich am Vaterlande, schwächt die Nation und wird zum Feind der äußeren Feinde. Freiheit und Vaterland sind unseren kämpfenden und leidenden Völkern in diesen Jahren des Weltkrieges zu einem untrennbaren Wesen verschmolzen — mit diesem Gedrüse zieht es in den Kampf der Waffen, mit dieser Lösung geht es an die Werke des Friedens!

Die deutschen Gewerksvereine im Jahre 1917.

Das Organ unseres Verbandes „Der Gewerbeverein“ veröffentlicht in Nr. 47/48 die Statistik über die Mitgliederbewegung und Kassenverhältnisse der deutschen Gewerksvereine. Wenn auch die Wirkungen des Krieges die Zahlen beeinflussen, so geht es doch wieder aufwärts und vorwärts. Bis Ende 1917 ist die Mitgliederzahl in unserem Verbande um 21 347 auf 79 118 gestiegen. Dieser Aufschwung hat im Jahre 1918 erst recht angehalten und hat zu einer weiteren Steigerung der Mitgliederzahlen geführt. Die finanziellen Verhältnisse boten schon im vorigen Bericht ein günstiges Bild, jetzt erst recht. Die Gesamteinnahmen im Jahre 1917 beliefen sich auf 2 189 227,30 M. Das sind 885 889,94 M mehr als im Jahre 1916. Die Gesamtausgaben betragen 1 899 551,43 M. Im Vergleich mit dem Jahre 1916 sind sie um 227 319,43 M gestiegen. Das Gesamtvermögen der deutschen Gewerksvereine ist von 4 787 406,53 M auf 5 301 606,09 M gestiegen, hat sich also um eine halbe Million Mark vermehrt und wächst jetzt noch ständig weiter. Die Gewerksvereinstellen besaßen am Ende des Berichtsjahres 2 133 648,14 M, die Lokalkassen 257 744,78 M, die Krankenkassen 1 367 543,21 M und die Begräbniskassen 1 542 689,95 M.

Die Zusammenstellung zeigt, daß der Krieg unsere Gewerksvereinsorganisation in ihren Grundlagen und Einrichtungen nicht hat erschüttern können. Und je mehr auch die Unorganisierten den Wert und die Bedeutung der Organisation erkennen, desto mehr wird unsere Gewerksvereinsbewegung wachsen und gedeihen. Wenn jeder mithilft, werden unsere heldenhaften Kollegen zum Dank eine gutgeführte Organisation wiederfinden, ihnen und uns allen zur Freude. Die nächsten Tage unseres Verbandesjubiläums müssen der eifrigsten Werbearbeit dienen.

Der Arbeitsmarkt im Juli 1918.

Auch der Juli 1918, der 48. Kriegsmonat, läßt keine Anzeichen für ein Ermatten der Spannfähigkeit der deutschen Industrie erkennen. Wenn, wie das im Sommer in der Regel der Fall ist, die Zahl der Beschäftigten der Krankentassen abgenommen hat und der Arbeitsdrang nach der Statistik der Arbeitsnachweise einen Rückgang verzeichnet, so ist zu beachten, daß sich in den Erntemonaten stets ein Zug nach dem Lande geltend macht, der zwar zahlenmäßig nicht genau festzustellen ist, der aber allem Anschein nach dieses Mal größer war, als in früheren Jahren. Verschiedentlich läßt die rege Beschäftigung dem Vorjahr gegenüber eine Steigerung erkennen.

Die Nachweisungen der Krankentassen lassen für die am 1. August in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang Juli eine Abnahme um insgesamt 98 358 Beschäftigten oder 1,3 vom Hundert erkennen.

Nach den Feststellungen von 33 Fachverbänden, die für 1 197 028 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Juli 8545 oder 0,7 v. H. Im Juni wurde von 37 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 0,8 v. H. berichtet. Es ist ein Rückgang nicht nur gegen den Vormonat, sondern auch dem Vorjahre, insbesondere dem Juli der Jahre 1914—16 gegenüber eingetreten.

Die Möbelindustrie war im Juli im allgemeinen ebenso gut beschäftigt als im Vormonat. Vom einzelnen Säge- und Hobelwerken wie Kistenfabriken wird die Tätigkeit als unverändert ruhig bezeichnet. Befriedigend zu tun war für die

Kleinviehhaltung liegen, die zugleich auch mit einer wirksamen Bekämpfung des Schleichhandels in engstem, ursächlichem Zusammenhang steht. Herr von Batsch hatte im vorigen Jahre, wie schon früher hervorgehoben, eine Regelung und Kontrolle der Schweinehaltung vorgezogen. Von Stall zu Stall sollte der Schweinebestand genau registriert und dabei sollten — ohne jede Eingeborgtheit — die für die Hausfleischhaltung und für den etwaigen Verkauf, sowie die für die Aufzucht bestimmten Tiere besonders bezeichnet werden. Besonders Gewicht ist natürlich darauf zu legen, daß die Tiere mit erlaubten Futtermitteln gehalten werden können. Eine solche Maßnahme ist durchführbar, sobald den Besitzern die Pflicht auferlegt wird, über den Verbleib und die Verwendung der einzelnen Tiere jederzeit Rechenschaft abzulegen. Diese werden dann von selbst davon absehen, mehr Tiere zu halten, als mit erlaubten Futtermitteln — ohne Eingriff in die für die menschliche Ernährung bestimmten Getreide- und Kartoffelbestände — gefüttert werden können. Eine solche Maßnahme durchzuführen, ist auch mit Rücksicht auf die gewöhnlichen Landwirte unbedingt notwendig. Wenn Herr v. Waldow sie im vorigen Jahre nicht zur Durchführung brachte, so ist ihm daraus persönlich kaum ein Vorwurf zu machen, da er noch keine Zeit gehabt hatte, sich in sein neues schweres Amt einzuarbeiten. Schuld an dem Versäumnis war der Wechsel in der Leitung des Kriegsernährungsamts.

Neben der Schweinehaltung aber gewinnt die Kleinviehhaltung mit der Länge des Krieges wachsende Bedeutung. Ohne eine gewisse Regulierung und Kontrolle derselben werden wir im kommenden Wirtschaftsjahr nicht durchkommen. Niemand denkt daran, die Ziegen-, Kaninchen- und Geflügelhaltung zu bedrohen und ungebührlich einzuschränken. Aber eine mäßige Anzahl dieser Tiere — oft unter persönlicher Mithilfehaltung — mit Abfällen und selbstgewonnenen Futtermitteln hält, leistet nicht nur sich, sondern der ganzen Volkswirtschaft einen Dienst. Wesentlich aber wird die Sache, wenn die Kleinviehhaltung gewerbmäßig ausartet und das benötigte Futter auf geraden oder krummen Wegen aus den für die menschliche Ernährung oder den für die Schweine- und Rinderhaltung bestimmten Nahrungsmengen herausgeholt wird. Die genannten Kleintiere sind die schlechtesten Futtermittel und stehen darin zum Teil um mehr als das Doppelte hinter Säeinen und Rindern zurück. Kenner der Verhältnisse behaupten, daß im abgelassenen Erntejahre etwa 1—1½ Millionen Tonnen Getreide in höchst unwirtschaftlicher Weise widerrechtlich an Kleintiere verfüttert worden sind. Das ist das Bier- bis Zünstliche von dem, was für Deutschland durch den „Brotfrieden“ aus der Ukraine herausgebracht worden ist. Wer die Unmengen von markenfreiem Ziegenlamm-, Kaninchen- und Gänsefleisch kennt, die zu Wucherpreisen in den Städten angeboten werden, wird diese Angaben nicht für übertrieben halten. Einen solchen Luxus dürften wir uns in dem laufenden Jahr nicht leisten, werden wir aber vor allen Dingen im kommenden Jahre nicht fortsetzen können. Eine gewisse Anrechnung auf die Fleisch- und Fettarten und eine Anmeldepflicht unter Nachweis des benötigten Futters dürften auf diesem Gebiete die notwendige Ordnung schaffen. Sonst kann es vorkommen, daß wir wegen der Ausartung der Kleinviehhaltung den Krieg verlieren.

Im engsten Zusammenhang mit den hier erörterten Maßnahmen steht die Bekämpfung des Krebschadens unserer Ernährungspolitik, des Schleichhandels. Alle nachträglichen Kontrollen von Eisenbahn- und Postversand, alle Straßenkäufe im Grunde nichts. Sie erhöhen nur das Risiko und damit die Preise. Ganz ausrotten wird man diesen Schleichhandel natürlich nie. Soweit er sich auf pflanzliche Erzeugnisse: Kartoffeln, Gemüse, Hülsenfrüchte, für den unmittelbaren menschlichen Gebrauch bezieht, ist er vom allgemeinen Ernährungsstandpunkt wenn auch bedenklich, so doch nicht unmittelbar unwirtschaftlich. Höchst bedenklich, ja ruindös aber wird die Sache, wenn der Schleichhandel — wie es bisher der Fall war — sich in erster Linie mit tierischen Erzeugnissen, mit Fleisch, Fett, Eiern usw. befaßt, für deren Herstellung die vier- bis zehnfache Menge an pflanzlichen Erzeugnissen erforderlich ist. Dadurch wird der Gesamtvorrat an Nahrungsmitteln in unerträglicher Weise beansprucht und vergeudet. — Helfen kann hier weniger die geforderte „Erfassung“ an der Erzeugungstätte, als vielmehr die rechtzeitige Kontrolle und Ueberwachung an diesem Orte. Dadurch wird, wenn auch nicht völlig, so doch einigermaßen Ordnung geschaffen werden können.

Wird in dem Sinne der vorstehenden Darlegungen verfahren, so dürfen wir die berechtigte Hoffnung hegen, daß wir ohne ernste Anstände wirtschaftlich bis ans Ende des Krieges und in der folgenden Uebergangszeit durchhalten und — den Krieg gewinnen!

Kollegen!

„Für mich sind Anschauungen, als könnte man heute noch ganz gut ohne Verband existieren, kindisch. Ich kann solche, die derartigen Anschauungen huldigen, nicht als existenzberechtigt und als ernste, den Zeitgeist beobachtende Männer anerkennen. Es sind jenseitige Egoisten, die andere für sich die Kasanien aus dem Feuer holen lassen und die Frucht ernten wollen, die andere geißelt. Verabschleunigungswürdige Naturen, für die der eiserne Besen zum Weggehen von der Bildfläche wohl das Beste wäre! Die Verbandsleitung möge einmal ernstlich erwägen, wie den Fahnenflüchtigen und den Aufhänger, die nichts als Egoisten sind und nur aus egoistischen Gründen den Verband meiden, beizukommen ist, und wie diesen der Genuß der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — mitunter unter großen Opfern der letzteren — errungen, entzogen werden kann. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und keiner hat das Recht, an unserer Erzeugnisse teilzunehmen, der nicht in unseren Reihen steht.“

Ein Unternehmer über die Unorganisierten.

Gbleichter Schellack für helle Polituren.

(Nachdruck verboten.)

Die Güte und Haltbarkeit einer Politurlacke hängt hauptsächlich von der Reinheit des verwendeten Schellacks ab. Gewöhnlich wird roher, in Spiritus gelöster Schellack, verarbeitet, der aber in der Regel ziemlich viel Pflanzenwachs, Fettstoffe und sonstige Unreinigkeiten enthält. Für besondere Zwecke, insbesondere helle Polituren, muß der Schellack gereinigt und gbleicht werden, doch gehen bei diesem Verfahren auch manche, für die Politurarbeit wertvolle Eigenschaften des Schellacks verloren, was nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Helle Polituren, wie zarte Farbtöne werden durch Verwendung des gewöhnlichen „blonden“ Schellacks ungenügend beeinflusst. Man bedient sich deshalb für derartige Zwecke des gbleichten Schellacks. Das H. Mäder erfolgt das Bleichen des Schellacks mit Chloralkali in folgender Weise: Der Schellack wird in Sodalauge gelöst und hierauf der Chloralkali der wasser mit etwas Sodalauge, angerührt wurde, zugelegt. Die Lösung wird einige Tage dem Sonnenlicht ausgesetzt und dann in viel Salzsäure hinzugegeben, bis der Schellack vollständig niedergeschlagen ist. Er wird dann in heißem Wasser zum Abwässern und schließlich getrocknet.

Der Schellack, dem so Pflanzenwachs und Fettstoff völlig entzogen sind, ist nun sehr schön klar und hell, aber die Arbeit mit diesem gbleichten Schellack geht nicht so schnell von haren wie bei der Verwendung des rohen Produkts. Wird der Schellack aber sofort nach dem Bleichen aufgelöst und in einer gut verschlossenen Flasche bewahrt, so ist die Politurarbeit nicht

wesentlich mühevoller als bei Verarbeitung des blonden Schellacks. Ist sofortiges Auflösen aus irgendeinem Grunde nicht möglich, so bewahre man ihn, damit er nicht spröde und brüchig werde und nicht aufs neue die gelbliche Färbung annehme, unter Wasser. Schellack, der längere Zeit der Luft ausgesetzt war, ist für die Herstellung heller Polituren nicht mehr verwendbar.

Seit einiger Zeit wird ein sogenannter „weißer Schellack“ in den Handel gebracht, der fast wasserhelle Polituren ergibt, und sich gut verarbeiten läßt. Man sollte jedoch weißen oder gelblichen Schellack nur verwenden, wo dies unbedingt notwendig ist. Denn die blonden Schellacksorten lassen sich im allgemeinen viel leichter verarbeiten; und während sich gbleichter Schellack nach längerem Lagern sehr schwer in Spiritus löst, so daß man häufig Schwefeläther hinzuzusetzen gezwungen ist, löst sich der gewöhnliche blonde Schellack sehr gut in Spiritus, selbst wenn er viele Jahre hindurch gelagert hat. Fr. Hth.

Delfarbenerfar.

(Nachdruck verboten.)

In der jetzigen Zeit der Delfarbnahme können als Ersatz für Delfarbe zum Anstreichen von Holzflächen folgende Mischungen empfohlen werden:

Venetianisches Terpentin schmelze man zunächst über gelindem Feuer zu einer gleichmäßigen Flüssigkeit. Alsdann ist die Masse auf einen erwärmten Reibstein zu bringen und zusammen mit trockenen Farben zu reiben. Die Farben sind

vorher mit Wasser zu einem zarten Pulver anzureiben und dann völlig zu trocknen. Nunmehr ist der Brei in einer Flasche mit Weingeist solange zu verdünnen, bis er die erforderliche Streichfertigkeit besitzt. Bei Herstellung des Anstriches im Sommer kann derselbe dadurch haltbarer gemacht werden, daß beim Schmelzen $\frac{1}{2}$ der Menge Leinölstrich zugelegt wird. Der erforderliche Leinölstrich läßt sich wie folgt bereiten: In einer Flasche wird 100 Gramm Bleizucker mit 500 Gramm reinem Regenwasser übergossen. Ist der Bleizucker aufgelöst, so wird 100 Gramm sehr fein geriebene Bleiglätte zugelegt. Die Lösung muß an einem warmen Orte stehen und mehrmals umgeschüttelt werden, bis die Bleiglätte völlig aufgelöst ist, d. h. bis sich keine Flocken mehr erkennen lassen. Alsdann ist der meiste Bodensatz zu entfernen, die Flüssigkeit mit einer gleichen Menge reinem Regenwasser zu verdünnen und nach und nach 2000 Gramm Leinöl zuzugeben. Dem Leinöl sind 100 Gramm sehr fein geriebene Bleiglätte beizumischen.

Ein weiteres Ersatzmittel läßt sich herstellen, wenn Kolophonium oder Schellack in Sodalauge aufgelöst wird. Letztere darf aber unter keinen Umständen ähnelnde Eigenschaften haben. Wird dann diese Lösung mit Erdfarben gemischt, so erhält man eine geruchlose und schnell trocknende Anstrichmasse.

Für rauhes Holz läßt sich aus gutem Zement und Milch, wenn diese Stoffe auf einem Reibstein die wie Delfarbe angerieben werden, ebenfalls ein guter Ersatzanstrich herstellen.

Hauptbedingung für alle Anstriche ist völlig reine Fläche und trockenes Holz. Enthält das angestrichene Holz viel Feuchtigkeit, so trocknet es, weil die Feuchtigkeit nicht entweichen kann.

Mit diesen Ersatzmitteln sind gute Resultate erzielt worden. Ing. Schj.

Holländer- und Schattendeckfabriken. Auch die Spinnstofffabriken waren ebenso ausreißend wie im Vormonat beschäftigt. Unverändert guter Geschäftsgang ist für die Holz- und Botikherfertigung gemeldet worden. Der Wagenbau erfreute sich regerer Beschäftigung, die Rohwarenindustrie war befriedigend, teilweise gut beschäftigt wie im Vorjahr. Die Schirmfabriken bekunden eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage.

Unter 101 865 Mitgliedern, für die berichtet wurde, von 4 Verbänden des Holzgewerbes waren 467 oder 0,5 v. H. arbeitslos, gegenüber 0,6 v. H. im Vormonat und Vorjahr.

Die Nachmeldungen der an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Arbeitgeber ergaben, daß auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe an Arbeitsgesuchen entfielen:

	männliche		weibliche	
	1917	1918	1917	1918
im Mai	44	49	80	85
im Juni	39	44	58	60
im Juli	39	42	55	61.

Wochenchau

vom 5. August bis 1. September 1918.

Das gewaltige Ringen im Westen hält alles in Spannung. Unterstützt von einem Haufen Tanks verfaßten die Heere der Entente mit Macht einen Durchbruch zu erzielen. Gelang ihnen dies, so zwängen sie doch unsere Truppen, früher gewonnenes Gelände preiszugeben. Die Heeresleitung verlegte die Front zurück, was zu unsinnigen Gerüchten Anlaß gab. Kriegsminister v. Stein versuchte diesen gegenüberzutreten und erklärt, daß zu Befürchtungen keine Ursache vorhanden sei. Mit Vertrauen dürften auch wir diesen Entscheidungskämpfen entgegensehen.

Unsere österreichisch-ungarischen Verbündeten melden aus Libanien neue Erfolge und weisen an der italienischen Front Sturmangriffe des Feindes ab. In Madagaskar sind jetzt auch stärkere Kämpfe und in Palästina behaupten die Türken ihre Stellungen trotz heftiger Angriffe der Gegner.

Die Vorgänge in Sibirien wird man aufmerksam verfolgen müssen. Die tschechisch-slowakischen, englischen und französischen Truppen werden jetzt von Japan unterstützt, das aber selbst große innere Revolten haben soll. Amerika wird dieses japanische Vorgehen kaum recht gefallen, denn die ostasiatischen Pläne Japans werden auch für die Vereinigten Staaten bedrohlich.

Die Fliegerangriffe auf unser Heimatgebiet mehren sich ebenso, wie die Luftkämpfe an der Front. Im Monat Juli wurden an den deutschen Fronten 518 feindliche Flugzeuge und 36 Fesselballone abgeschossen, während wir 129 Flugzeuge und 63 Fesselballone verloren.

Die Erfolge unserer U-Boote betragen im Juli 550 000 Bruttoregistertonnen feindlichen Schiffsraums, so daß bis dahin 18 800 000 BRT. versenkt und vernichtet wurden. Nach den inzwischen gemachten Feststellungen wurden im Juni außer den schon bekannt gegebenen Tonnen noch 28 000 BRT. durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingeschleppt.

Spanien hat an Deutschland eine Note gerichtet, in der von der Regierung Klage darüber geführt wird, daß die spanische Handelsflotte durch den Tauchbootkrieg 20 Prozent ihres Schiffsraums verloren habe. Spanien wolle zwar neutral bleiben, sei aber durch die Verminderung seines Schiffsraumes in einer solchen Notlage, daß man im Falle einer neuen Landung sich an den im spanischen Hafen ankernden deutschen Schiffe schadlos halten müsse. Die deutsche Regierung hat sich dagegen verwahrt, muß aber durch Verhandlungen einen Ausgleich. Die feindlichen Staatsmänner frohlocken schon über dieses spanische Vorgehen, hoffentlich verzögert.

Der Besuch des Kaisers Karl von Oesterreich in Ungarn im Großen Hauptquartier soll eine völlige Einmütigkeit über die schwebenden Offfragen, besonders über Polen, gebracht haben, doch wird näheres darüber abzuwarten sein. Mutmaßungen über die österreichische Verfassungsrevision sind sicher verfrüht. Die Salzburger Verhandlungen über unser Wirtschaftshindernis mit Oesterreich-Ungarn sollen zu einer grundsätzlichen Einigung geführt haben.

Die Ergänzungsverträge zum Frieden von Brest-Litowsk sollen von den deutschen und russischen Bevollmächtigten unterzeichnet worden sein, während eine endgültige Einigung zwischen Rußland und die Ukraine noch nicht zustande kam, auch die russisch-finnischen Verhandlungen sind verlagert worden. In Finnland ist die Frage der Königswahl auch noch nicht geklärt.

Gegenüber dem Maulheldentum feindlicher Staatsmänner stand die Rede des deutschen Staatssekretärs des Kolonialamtes Dr. Solf wohlthuend ab und auch die letzte Rede des Prinzen Max von Baden anlässlich der Hundertjahrfeier der badischen Verfassung am 22. August war nicht weniger beachtenswert als seine früheren.

Gegen den Frieden der Verständigung wehren sich zwar noch die Gewaltpolitiker in allen Lagern, doch einmal muß doch der Tag kommen, wo Einsicht und Vernunft über Rache, Haß und Hochmut siegt. Allerdings solange der Vernichtungswille der Gegner nicht gebrochen ist, bleibt uns keine andere Wahl, als unter schweren Opfern auszuhalten. Das Durchhalten soll man uns aber nicht unnötig erschweren. Deshalb verlangen wir eine gerechte Verteilung der Lebensmittel, auskömmliche Löhne und eine freizeitleiche Ausgestaltung der Staatseinrichtungen. Das Haus „Neudeutschland“ muß wohnlich sein, auch für die deutsche Arbeiterschaft.

ten“ (Sitz Berlin) führen. Alle maßgebenden Arbeitgeber seien jetzt organisiert und hätten im neuen Verein Sitz und Stimme. Die Arbeiter tun gut daran, sich nun auch mehr zu einigen, stärker als bisher der Organisation beizutreten.

Die Uhrenfabrik Gebr. Junghans

in Schramberg veröffentlicht ihren Geschäftsbericht. Nach diesem beträgt der Reingewinn für das Geschäftsjahr 1917-18 „nur“ 3 064 912 M., die allgemeinen Untkosten 3 994 968 M. Reichliche Abschreibungen hat man vorgenommen und doch kann man 18 Prozent Dividende verteilen, gegenüber 12 Prozent im Vorjahr und 8 Prozent in Friedenszeiten. Wer diesen großen Betrieb kennt, weiß, welche ungeheure Entwicklung er in den letzten Jahren genommen hat. Leider gibt es noch viele Kollegen in Schramberg, die noch gleichgültig der Organisation gegenüberstehen, trotzdem sie die größte Veranlassung hätten, beizutreten. Wollen sie angesichts der Kriegsgewinne in dieser Zeit der furchtbaren Teuerung eine Verbesserung ihrer Lage erreichen, dann folge auch der letzte Arbeiter der Nachahmung der Organisation und schliesse sich ihr an.

Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen.

Der Deutsche Wohnungsausschuß hat vor kurzem bei einer Reihe von Organisationen, die ihm als Mitglieder angeschlossen sind, eine Umfrage veranstaltet über Umfang und Art der neueren Mietsteigerungen und über die Wirksamkeit der bestehenden Mieterschutzeinrichtungen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist recht bemerkenswert. Aus den bisherigen Antworten von etwa 20 bedeutenden Organisationen und einer großen Anzahl von Ortsgruppen der betroffenen Organisationen ergibt sich, daß fast in allen Gegenden des Deutschen Reiches — namentlich in der Rheinprovinz, in Westfalen, Hannover, Sachsen, Schlesien und Groß-Berlin — wiederholt allgemeine Mietsteigerungen vorgenommen worden sind, und daß weitere Mietpreiserhöhungen bevorstehen. Die allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise seit Kriegsbeginn bewegen sich — nach etwa 20 bis 25 Prozent der Mieten vor dem Kriege, die Mietsteigerungen, die seit Oktober 1917 vorgenommen wurden, bewegen sich zwischen 5 und 25 Prozent der bisherigen Miete und betragen durchschnittlich etwa 10 bis 15 Prozent. In Einzelfällen sind Steigerungen von 60 bis 100 Prozent zu verzeichnen. Die allgemeinen Steigerungen wurden meist angeregt durch Hausbesitzervereine. Aus Bochum wird berichtet, daß diejenigen Hausbesitzer, die mehrere Häuser besitzen, an erster Stelle vorzugehen pflegten. Die Mietverträge wurden vielfach nur kurzfristig abgeschlossen oder aber es wurden,



Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Holzarbeiter des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Auf dem Felde der Ehre gefallen.

Sergeant Walter Vandemer, Mitglied des Ortsvereins Hamburg (früher Stolp) Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl. ist am 18. Juli im Westen gefallen. Ehre seinem Andenken!



wie aus Königshütte berichtet wird, bei langfristigen Verträgen auf Jahre hinaus starke Staffellungen von Mietsteigerungen nach oben von Jahr zu Jahr vorgesehen. Die größten Steigerungen wurden bei Neuvermietungen erzielt. In zahlreichen Orten haben aber viele Neuvermietungen stattfinden müssen, weil ganze Straßenzüge von Wohnhäusern zu hohen Preisen von industriellen Werken aufgekauft wurden. Gerade diese Vorgänge, wie sie aus der Provinz Hannover, aus Hamm, Königshütte, Wismar und Senftenberg berichtet werden, haben anscheinend eine große Wohnungssteuerung hervorgerufen. In einigen Orten wurden kleinere und mittlere, an anderen Orten größere Wohnungen von der Steigerung besonders ergriffen, weitaus in der Mehrzahl der genannten Bezirke sind aber die Mieten aller Wohnungen erhöht worden. Auch möblierte Zimmer wurden in manchen Städten von der Steigerung stark betroffen. Die Vorgänge vollzogen sich vielfach in größter Stille. Nach zahlreichen Angaben sind die Mieter infolge des Wohnungsmangels und der Schwierigkeiten des Wohnungswechsels meist froh, wenn sie im Besitze der Wohnung bleiben können, und sie bewilligen daher die verlangte Mietsteigerung, ja sie bieten öfters sogar selbst erhöhte Mieten an, um sich vor Kündigung zu sichern oder bessere Wohnungen erhalten zu können. Das Miteinigungsamt ist in sehr vielen Orten unbekannt oder führt ein Schattendasein. Vielfach sind auch die betroffenen Mieter (Kriegsfrauen) geschäftlich zu ungewandt, um die richtigen Abwehrmittel anzuwenden. Aus einzelnen Städten wird berichtet, daß sich das Miteinigungsamt bewährt habe. Es wird auch von großer Ueberlastung der Lenker gesprochen. In den meisten Antworten werden aber die bestehenden Mieterschutzvorrichtungen als unzureichend bezeichnet, und die Verschärfung der Mieterschutzgesetzgebung durch die Verordnungen der stellvertretenden Generalkommandos werden lebhaft begrüßt. — Das wesentliche Ergebnis dieser Umfrage liegt darin, daß sich in fast allen Gegenden Deutschlands auch nach Inkrafttreten der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 Mietsteigerungen allgemeinen Umfangs durchgeführt haben und weitere allgemeine Erhöhungen erwartet werden.

Zusicherung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung.

Der Bundesrat hat eine neue Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung erlassen. Danach bleiben Angestellte, die aus der Versicherungspflicht beim Ueberschreiten der Gehaltsgrenze von 5000 Mark ausscheiden würden, bis auf weiteres versicherungspflichtig, solange ihr Jahresarbeitsverdienst 7000 Mark nicht übersteigt. Angestellte, die nach dem 1. August 1914 versicherungsfrei wurden, weil ihr Jahresarbeitsverdienst über 5000 Mark betrug, werden mit dem Anfang des Monats,

der auf die Verkündigung der Verordnung folgt, wieder versicherungspflichtig, sofern der Jahresarbeitsverdienst nicht über 7000 Mark hinausgeht. Von der freiwilligen Versicherung für die zurückliegende Zeit kann Gebrauch gemacht werden. Diese Beiträge werden unter gewissen Voraussetzungen als Pflichtbeiträge im Sinne des § 48 des Versicherungsengesetzes angesehen. Außerdem besteht für Angestellte die Möglichkeit, sich auch dann freiwillig weiter zu versichern, wenn sich ihr Jahresarbeitsverdienst über 7000 Mark erhöht oder erhöht hat.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine 1914-1917.

Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine beläuft sich auf 1079 mit einer Mitgliederzahl von 2 189 680 Personen. Da es sich hier meistens um Familienvorstände handelt, kann man die durch die Konsumvereine verzögerten Verbraucher auf 10 Millionen, also auf mehr als ein Siebtel des ganzen deutschen Volkes schätzen. Die Mitgliederzunahme in den drei Kriegsjahren beträgt rund eine halbe Million. Der Umsatz der Mitglieder in ihren Vereinen betrug im letzten Friedensjahre 493 Millionen Mark. Im zweiten Kriegsjahre stieg er auf 577 Millionen Mark, und im dritten Kriegsjahre hat er die Höhe von 591 Millionen Mark erreicht. Die Zunahme des Umsatzes ist teils eine Folge der größeren Mitgliederzahl, vor allen Dingen aber auf die erheblich höheren Preise zurückzuführen. Auf jedes Mitglied kam im Jahr 1914 ein Durchschnittsumsatz von 287 Mark. Der höchste Durchschnittsumsatz wurde im Jahre 1913 mit 291 Mark auf jedes Mitglied erreicht. Während des Krieges ist der Durchschnittsumsatz auf jedes Mitglied auf 270 Mark zurückgegangen. Die Zahl der Verkaufsstellen ist seit dem Jahre 1914 von 5167 auf 5318 gestiegen. Im allgemeinen sind neue Verkaufsstellen für Kolonial- und Materialwaren nicht errichtet worden, wohl aber haben einige größere Vereine Spezialverkaufsstellen (Gemüse, Obst, Fleischwaren und Backwaren) aufgemacht. Auf jede Verkaufsstelle entfiel ein Durchschnittsumsatz von 111 124 Mark, auf jede Verkaufsstelle ein Durchschnittsumsatz von 551 264 Mark. Der Verkaufswert der in den Betrieben hergestellten Erzeugnisse — Eigenproduktion — zeigt auch während der Kriegszeit eine weitere Zunahme; er erhöhte sich seit dem Jahre 1914 von 106 Millionen Mark auf 144 Millionen Mark. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Kriegsumstände der Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion in großen und ganzen nicht günstig waren. Der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion dienen in erster Linie die großen konsumgenossenschaftlichen Bäckereibetriebe. Einige Konsumvereine betreiben Mühlen und Schlächtereien. Fast alle großen Konsumvereine haben Mineralwasserfabrikation, manche auch Schrotmühlen und sonstige kleine Produktionszweige. Durch das zu Kriegsbeginn erlassene Nachtbrotverbot wurden die Konsumvereine gezwungen, auf die Herstellung von Weißgebäck und Feingebäck zu verzichten und ihre volle Produktionskraft der Brotbäckerei zu widmen. Die Rationierung des Brotes und die damit verbundene Mehzzuteilung erschwerte die weitere Entwicklung. Andererseits sind in einigen Bezirken einige durch die Kriegsumstände bedingte neue Produktionszweige aufgenommen worden, auch die zur Erhöhung des Umsatzes in der Eigenproduktion erheblich beigetragen haben. Seit der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat sich die Eigenproduktion sprunghaft entwickelt. Im Jahre 1903 betrug der Verkaufserlös aus selbstproduzierten Waren nur 12,7 Millionen Mark. Es entfielen damals im Durchschnitt auf jedes Mitglied 22 Mark, während im Jahre 1917 auf jedes Mitglied 66 Mark kamen. Der Verkaufswert aus selbstproduzierten Waren betrug im Jahre 1903 nur 9,6 % des Umsatzes im eigenen Geschäft; gegenwärtig ist er auf 24,3 % gestiegen. Die Zahl der beschäftigten Personen in der Warenherstellung betrug 3925, während in der Warenverteilung (Verkaufsstellen, Zentrallager) 20 961 Personen beschäftigt wurden. Von großer Bedeutung für die Entwicklung aller genossenschaftlichen Organisationen ist deren Kapitalkraft, und zwar in erster Linie das aus Geschäftsguthaben und Reserven aller Art bestehende eigene Kapital. Im Laufe des Krieges erhöhte sich die Gesamtsumme der Geschäftsguthaben aller Konsumvereinsmitglieder von 33,8 Millionen Mark auf 42,6 Millionen Mark und die Gesamtsumme der Reserven aller Art von 25,1 Millionen Mark auf 38,1 Millionen Mark. Die Entwicklung des Geschäftsguthabens hat mit der Zunahme der Mitglieder kaum Schritt gehalten. Auf jedes Mitglied kamen 19,65 Mark bzw. 19,50 Mark. Günstiger ist das Wachstum der Reserven aller Art. Hier stieg der Durchschnittsbetrag auf jedes Mitglied von 14,60 Mark auf 17,40 Mark. Für die den konsumgenossenschaftlichen nach dem Krieg erwachsenden großen Aufgaben ist die Entwicklung des eigenen Kapitals immer noch nicht ausreichend. Außerdem muß die Wertverminderung des Geldes in Betracht gezogen werden, die zweifellos auch nach dem Krieg ein dauernder Zustand bleiben wird. Daher ist schon auf den Revisionsverbandstagen des Jahres 1917 überall beschlossen worden, den Konsumvereinen dringend zu empfehlen, den Geschäftsanteil eines jeden Mitglied von 30 Mark auf 50 Mark zu erhöhen. In gleichem Maße muß eine weitere erhebliche Stärkung der Reserven als dringendes Erfordernis bezeichnet werden.

Im ganzen zeigt also die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ein recht befriedigendes Bild.

Erhöhung der Kriegswitwen- und Kriegswaisengelder.

Das Armeekorps-Verordnungsblatt veröffentlicht eine Verfügung, nach der mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. die Hinterbliebenen von Militärpersonen und der Unteroffiziere aus dem gegenwärtigen Kriege, die Kriegswitwen- oder Kriegswaisengelder empfangen, Zuschläge zu diesen Kriegsvorgangs-Geldern erhalten. Voraussetzung ist, daß die Hinterbliebenen Familienunterstützung auf Grund des Gesetzes betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften beziehen oder bezogen haben. Die Zuschläge betragen ohne Rücksicht auf den Dienstgrad des Verstorbenen monatlich: für die Witwe 3 Mark, für die Halbwaise 3 Mark, für die Vollwaise 4 Mark. Sie sind im voraus zahlbar. Ihre Zahlung erfolgt gegen Vorlage einer Bescheinigung des Gemeindevorstehers usw. über die gezahlte Familienunterstützung, die bei der Postanfrage verbleibt. Die Bescheinigung ist der Postanstalt, die das Kriegswaisengeld und das Kriegswaisengeld zu zahlen hat, vorzulegen. Die Zuschläge zu dem Kriegswaisengeld werden nur bis zum vollendeten 16. Lebensjahr bezahlt.



Verband deutscher Pianofortefabrikanten.

Auf der Hauptversammlung des „Vereins deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Leipzig) wurde beschlossen, sich mit der „Freien Vereinigung deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Berlin) zu verschmelzen. Die geeinigte Organisation soll den Namen „Verband deutscher Pianofortefabrikanten“ führen.

□ □ □ Aus den Ortsvereinen. □ □ □

Breslau. Die Feier des 50jährigen Bestehens der Deutschen Gewerksvereine beabsichtigt der Ortsverband am Sonntag den 29. September zu begehen. Der Vorstand, mit Hinzuziehung der Ortsvereinsvorstände und Vertreter hat in einer Sitzung beschlossen, im Thalia-Theater einen Festakt zu veranstalten; ein Vertreter des Zentralrates wird die Festrede halten und anschließend im zweiten Teil wird vom Personal der Vereinigten Theater der Schwan "Das Extemporale" von Sturm gegeben. Den Mitgliedern von Breslau und Umgegend wird Gelegenheit zu einer billigen Nachmittags-Vorstellung gegeben. Die Preise sind von 1.20 M abwärts bis zu 20 S. Verbandskollegen von außerhalb, die an der Vorstellung teilnehmen wollen, — die Feier beginnt um 1/2 3 Uhr und endet gegen 6 Uhr —, sind willkommen und wollen sich die Eintrittskarten in der Geschäftsstelle der Gewerksvereine, Dessauerstraße 18, Tel. 7117, bestellen. Die Rückfahrt kann mit den Abendzügen erfolgen und ist die Zeit der Veranstaltung so gelegt worden. Weitere Anfragen wolle man an die Geschäftsstelle, Dessauerstraße 18, richten.

Schramberg. Am 13. August fand im Lokal „Schranvogel“ eine außerordentliche Versammlung des Ortsverbandes Schramberg und Umgebung statt. Dieselbe erfreute sich trotz der ungünstigen Zeit eines sehr regen Besuches von Seiten der Mitglieder, insbesondere von Seiten der Ortsvereine der Frauen und Mädchen. Durch den Kollegen Leo P. J. wurde die Versammlung eröffnet und geleitet. Im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes nahm der Zentralvorsitzende, Kollege Gleichauf an der Versammlung teil. Er referierte über das Thema: „Ubergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“. Eingangs schilderte er die Not, welche der Krieg im Allgemeinen gebracht hat, insbesondere die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung. Von dem Grundgedanken ausgehend, daß alle Volksschichten in dieser Hinsicht von der schweren Zeit verlost werden müssen, müsse von Seiten der Organisationen immer und immer wieder bei der Regierung darauf hingewiesen werden, daß das Vorhandensein möglichst gleichmäßig verteilt werde. Insbesondere müsse dem wucherischen Treiben des Schleichhandels energisch entgegengetrieben werden. Eingehend behandelte Gleichauf die sozialpolitischen Wirkungen des Krieges. Besonders verbreitete er sich über das Arbeitskammergesetz, welches zur Zeit in Bearbeitung sei. Sehr wahrscheinlich werde nach dem Ende dieses Krieges, trotz den Einwendungen von Seiten der Schwerindustriellen die Vorlage Gesetz werden. Die Regierung werde ihr Wort einlösen müssen. Es werde damit eine alte Forderung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erfüllt, die dem Arbeiter ein Recht in die Hand geben, um mitzureden zu können an der Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Entwicklung der Frauenarbeit im Kriege erläuterte Gleichauf ausführlich, dabei betonend, daß hierbei oberster Grundsatz sein müsse, gleiche Leistung, gleiche Bezahlung. Die Frau dürfe unter keinen Umständen zum Lohnrücker das Mannes werden. Um der Not, welche die zu erwartende Arbeitslosigkeit während der Ubergangswirtschaft bringen wird, einigermaßen zu steuern, for-

dem die Gewerksvereine eine Reichsarbeitslosenfürsorge. Es darf unter keinen Umständen vorkommen, daß die Millionen, die draußen oder drinnen an der Front standen und für den Bestand des Vaterlandes gekämpft haben, eines Tages, wenn sie keine Arbeit haben, ohne Mittel zum Leben dastehen. Auch in schlechten Zeiten hat der Arbeiter ein Recht zum Leben. Immer wolle die Arbeitgeberchaft die Arbeiterorganisationen nicht anerkennen; jedoch habe die Regierung dieselben während des Krieges als einen notwendigen Faktor im Volksganzen anerkannt. Ohne die Arbeiterorganisationen wäre in dieser schweren Zeit das Durchhalten kaum möglich gewesen. Nicht nur während der Kriegszeit, sondern auch während der Ubergangswirtschaft und in der Zeit nach dem Kriege müsse die Regierung die Organisationen der Arbeiter als wichtigen Faktor anerkennen. Um eine freierere Entwicklung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu ermöglichen, müsse im größten deutschen Bundesstaat, in Preußen, das allgemeine gleiche Wahlrecht kommen. Die preussische Wahlrechtsfrage sei deshalb schon längst eine deutsche Frage geworden. In Süddeutschland sei von jeher eine freiere Entwicklung gewesen. Seit über 150 Jahren stehe der preussische Staat unter der Regie der Junkergesellschaft, wobei es auch komme, daß wir Deutschen so verhaftet in der Welt seien. Das ständige Säbelraseln dieser Gesellschaft habe das Ansehen Deutschlands alles nur nicht gefördert. Durch den Krieg hat die preussische Regierung nun eingesehen, daß sich hierin eine Wandlung gestalten müsse. Das gleiche Wahlrecht wird in Preußen die Junkertaste beseitigen. Im neuen Deutschland müssen die Arbeiterorganisationen, um auf alle die Arbeiterchaft interessierenden Fragen Einfluß zu erhalten, durch ihre Vertreter in den Parlamenten ihre Stimme erheben. All die einschneidenden Fragen, wie das Steuerproblem, Bevölkerungspolitik usw., erläuterte Gleichauf eingehend. Aber auch der Meinung, die unter einem großen Teil der Arbeiterchaft herrsche, dieser Krieg sei nur rein ein „Kapitalistenkrieg“, trat Gleichauf mit Beweisen entgegen. Für die Arbeiterchaft stehe ihre ganze Existenz auf dem Spiel. Mit der Vernichtung Deutschlands wären all die Erzeugnisse auf sozialpolitischem Gebiete verloren, deshalb habe die deutsche Arbeiterchaft das allergrößte Interesse an einem für Deutschland siegreichen Ausgang des Krieges. Deshalb sei das Durchhalten bis zum Ende des Krieges Pflicht der Arbeiter. Am Schluß stellte Gleichauf fest, daß die Organisationsleitungen alle großen Fragen gemeinsam erledigen. Es sei dies im Interesse aller Arbeiter notwendig und gab dem Wunsche Ausdruck, daß dies auch nach dem Kriege so bleiben möge. Er forderte alle Anwesenden auf, für die Stärkung der Gewerksvereine eifrig tätig zu sein, nur durch starke Organisationen werde es möglich sein, in allen Fragen, welche die Arbeiterchaft berühren, Erprobliches zu leisten. Die Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Es folgte von Seiten der Kollegen eine rege Aussprache. Me Redner stimmten dem Vortrage Gleichauf bei. Um 1/2 11 Uhr schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung mit dem Wunsche an Kollege Gleichauf, er möge auch bald wieder einen derartigen Vortrag in unserem Ortsverbande halten. Er möge als Schwarzwälder an uns denken. Der Vorsitzende gab noch einen kräftigen Appell an die Mitglieder und forderte sie auf, nun das Gehörte in die unorganisierte Masse hinauszutragen, um unsere Gewerksvereine zu stärken.

An die Empfänger der „Eiche“.

Die Postbesitzer werden gebeten, bei dem Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer nicht nur an den Briefträger oder die Postanstalt, sondern auch an den Verleger, die Geschäftsstelle, zu wenden. Erst wenn Nachlieferung und Lieferung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an anderen Verleger.

Das regelmäßige Einzahlen der Beiträge ist eine zwingende Notwendigkeit der Vereine. Es werden dadurch Rückstände und die damit zusammenhängenden Austritte aus der Organisation vermieden.

Rheinisch-Westf. Bezirk.

Den Ortsvereinen zur Kenntnis, daß ich mit dem 27. August meinen Sitz von Duisburg nach Elberfeld, Kürberstraße 22 verlege. Bitte, dieses für die Folge gut zu beachten, um Störungen zu vermeiden.

B. Dann, Bezirksleiter.

Literarisches.

Das bevorstehende 50jährige Bestehen der Deutschen Gewerksvereine gibt uns Gelegenheit, einen Rückblick zu werfen, nicht nur auf das Werden der Deutschen Gewerksvereine im besonderen, sondern auch auf die Entstehung der gesamten Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Es gibt keine Schrift, die in so ausführlicher und mit vielen Dokumenten bewiesener Ausführung den Werdegang und die zahlreichen Kämpfe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung schildert, als das im Verlag des Nationalvereins, München, Herzog-Maxstraße 4, schon vor dem Kriege erschienene Buch von Paul H. Loebel über die

„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

Desgleichen empfehlen wir das im gleichen Verlag herausgegebene Buch von Anton Gröbelenz:

„Freiheits- und nationale Arbeiterbewegung“.

Beide Werke sind in gegenwärtiger Zeit von großer Wichtigkeit und hoffen wir, daß unsere Mitglieder nicht verfehlten werden, sich diese beiden Schriften anzuschaffen. Der Preis ist gering und kostet jeder Band nur 1.— M.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 36. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Inserententeil ist die Redaktion des Feuillets gegenüber nicht verantwortlich.

Der Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands

begreift den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, Fürsorge für alle Kollegen des Arbeiterstandes und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmertum und dem Staate.

Für den Beitrag von 50 Pf. pro Woche wird gewährt:

1. Rechtschutz in gewerblichen Klagenachen, auch keine Vertretung vor Gericht.
2. Streik-, Aussperrungs- und Maßregelungsunterstützung bis 18 M. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.
3. Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 6 bis 12 M. pro Woche je nach der Dauer der Mitgliedschaft Höchstsumme 120 M. im Jahre.
4. Wander- und Reiseunterstützung von 24 Pf. pro km bis 1000 km.
5. Lebensversicherungsbeihilfe von 10 bis 50 M. je nach Dauer der Mitgliedschaft. Außerdem für die Frau ein jedes Kind von 10 bis 14 Jahren 2 Pf., und für jedes Kind von 4 bis 10 Jahren 1 Pf. pro km.
6. Eine Begräbnisbeihilfe von 25 M. Reisend 20 M.
7. Kollektive Vertretung in Jubiläen-, Hinterbliebenen- und Unfallfällen, selbst vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin.
8. Die Gewerksvereinszeitung „Die Eiche“ erhalte die Mitglieder kostenlos. Wenn nicht ihnen die Bezahlung der Ortsvereinsbeiträge frei.
9. Hilfe in besonderen Notfällen durch die Ortsvereine.
10. Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen nach bestmöglicher Beitragshöhe.

Diese Unterstützungen werden nicht gegeneinander aufgerechnet. Die Ortsvereine, sowie Beiräte und jugendliche Mitglieder bis zu 17 Jahren zahlen nur 2 Pf. Beitrag pro Woche, wobei sie die Hälfte der vorgenannten Unterstützungen erhalten.

Der Gewerksverein ist parteipolitisch unabhängig und religiös unparteiisch.

Kollegen und Kolleginnen!

Wer im Leben nicht so zu werden will, muß organisiert sein. Wer nicht so will, die Arbeiterfrage zu verbessern, der wolle sich mit treue dem Gewerksverein bei.

Der Sitz des Gewerksvereins ist in Berlin NO. 55, Greifswaldstraße 22/23.

Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse

des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jedes Gewerksvereinsmitglied kann aufgenommen werden.

In der I Stufe bis zu 55 Jahren ohne ärztl. Untersuchung

II	"	"	50	"	"	"
III	"	"	45	"	"	"
IV u. V	"	"	45	"	mit	"

Der Wochenbeitrag beträgt in

Stufe	I	10	Pf.
	II	21	"
	III	33	"
	IV	45	"
	V	57	"

Das Krankengeld beträgt in

Stufe	I	pro Tag	— 50	Mt.
	II	"	— 80	"
	III	"	— 1.25	"
	IV	"	— 1.70	"
	V	"	— 2.15	"

Außerdem wird ein Begräbnisgeld in den einzelnen Stufen gezahlt von

Mt.	20.—
"	35.—
"	55.—
"	75.—
"	95.—

Die Kasse untersteht dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung. Wir können allen Kollegen und Kolleginnen nur empfehlen, auch Mitglied unserer Krankenkasse zu werden.

Kollegen werbet Mitglieder für unsern Gewerksverein!

Nachruf.

Am 20. August 1918 verstarb nach langen Leiden unser Kollege

Ernst Rothe

im besten Mannesalter von 31 Jahren. Derselbe war ein eifriger Förderer unseres Ortsvereins, der noch zu den schönsten Hoffnungen berechnete. Wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands (H. D.) Ortsverein Bremen. I. A.: C. Hamer.

Erfinderrecht

Handbuch, 290 Seiten, in Leinen gebd. 6.— Mark.

Es enthält die Patent-, Muster-, Marken- und Warenzeichen-Gesetze, bezügliche Erläuterungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.

Prospekt kostenfrei.

Friedrich Huth's Verlag, Charlottenburg 4, Kaiser Friedrich-Straße 53.

Worms. Durchreisende obersteifende Kollegen erhalten beim Kollegen ein Ortsgeheim von 75 Pf. im Verbandslokal „zum Rheinthal“, Rheinfr. 4, Schützenstraße 17.

Matheson (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeld beim Kollegen S. Gildenpennig, Forstfr. 7.

Thorn. Durchreisende Kollegen erhalten beim Kollegen M. Helmrich, Breitenstraße 18, Unterführung.

Bremen. Die Auszahlung der Reisekosten erfolgt nun auf dem Sekretariat der Gewerksvereine Bremen, Däberstr. 3.

Berlin. Gewerksvereinsrat und Herberge im Verbandslokal Greifswaldstraße 22/23. Karten bei allen Ortsvereinskassieren.